


Ag. per E. Hartmann
17.10.2019 um 15:17h


Antragsteller:

16.10.2019

SPD
CDU
Bündnis 90 / Die Grünen
Freie Wähler
Die Linke
Piratenpartei
Kreisausländerbeirat

Vorlage Nr.: *1192/120119*

An den Kreistagsvorsitzenden
Karl Heinz Funck
Riversplatz 1-9
35394 Gießen

Mit Antrag
auf direkte
Ausschubberatung

Sehr geehrter Herr Funck,
wir bitten Sie folgenden Antrag zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung für die kommende Kreistagssitzung vorzusehen.

Beschlussantrag

Der Kreistag beschließt, dass der Landkreis Gießen das Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben unterstützt und mitzeichnet.

Begründung

Das Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben wurde in einer landesweiten Pressekonferenz am 10. Mai 2019 in Wiesbaden erstmalig der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit diesem Plädoyer soll ein deutlich vernehmbares Zeichen gesetzt werden für eine offene demokratische und solidarische Gesellschaft, die Unterschied und Vielfalt als Reichtum begreift.

Neben dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Landkreistag und dem Hessischen Städte- und Gemeindebund zählt eine Vielzahl sozialer und kultureller Initiativen zu den Erstunterzeichnern.

Das Plädoyer im Wortlaut:

„Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

*Die Würde des Menschen zu schützen
ist Sinn der Demokratie
„Hessisches Plädoyer
für ein solidarisches Zusammenleben“*

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.

2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.

4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.

5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden. Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Für die Antragsteller



Christian Zuckermann